



Liberales Bündnis mit dem Bürger

Überlegungen und Vorschläge
des Bundesvorsitzenden der FDP,
Dr. Guido Westerwelle,
anlässlich der Bundesvorstandssitzung
am 12. Dezember 2005

in der einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommenen Form

Liberales Bündnis mit dem Bürger

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| I. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005: Klarheit gewinnt | Seite 2 |
| II. Substanzgewinn der FDP geht weiter | Seite 3 |
| III. Was wir uns vornehmen | Seite 8 |
| IV. Deutschland aus der Opposition heraus gestalten | Seite 13 |
| V. Partner für den Politikwechsel | Seite 13 |
| VI. Wir wollen weiter wachsen | Seite 14 |
| VII. David gewinnt gegen Goliath | Seite 16 |

Liberales Bündnis mit dem Bürger

I. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005: Klarheit gewinnt

1. Die FDP hat die Bundestagswahl gewonnen – mit einem klaren Angebot an die Wählerinnen und Wähler. Die FDP war klar in ihrer Richtung, klar in ihrem Programm und klar in ihrem personellen Angebot. Die FDP steht für Freiheit vor Gleichheit, für Privat vor Staat, für Erwirtschaften vor Verteilen, für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, kurz: für einen Politikwechsel in Deutschland.

Verloren haben die Parteien, die unklar waren. Die Union war unklar: programmatisch und personell. In der Forderung nach einer Mehrwertsteuererhöhung sahen viele Wähler die Fortsetzung des Abkassierens durch Rot-Grün. Die Nominierung von Paul Kirchhof und die gleichzeitige Absage an sein steuerpolitisches Modell schufen noch mehr Unklarheit. Die gegensätzlichen Signale zur Gesundheitsreform von CDU und CSU ebenfalls. Hinzu kamen die negativen Äußerungen des CSU-Vorsitzenden über die Ostdeutschen und seine offenkundige Unentschlossenheit, in eine Bundesregierung einzutreten.

Im Gegensatz zur Union ist es der FDP gelungen, nicht als „Überbringerin schlechter Nachrichten“ zu erscheinen, sondern konkret den Nutzen der Reformen für den Einzelnen aufzuzeigen, den Menschen Mut zuzusprechen und ihnen Hoffnung auf Besserung zu geben.

Die SPD war ebenfalls unklar. Sie hat Neuwahlen gefordert, aber den Wählern das alte Programm, das alte Personal und die alte Koalition angeboten. Den Grünen ist der Spagat zwischen Regierungsverantwortung und eigener Programmatik misslungen. Die PDS hingegen hat mit ihrer Klarheit ebenfalls zugelegt. Sie steht für das glatte Gegenteil der FDP: Für Staat vor Privat, für Gleichheit vor Freiheit, für Angst vor Reformen statt Mut zu Reformen.

2. Die Entwicklung des Wahlverhaltens zeigt, dass die Bindungswirkung der beiden größeren Parteien seit Mitte der 90er Jahre dramatisch nachlässt. Von 100 Wahlberechtigten haben 2005 nur noch 54 Union oder SPD gewählt. 24 wählten die kleineren Parteien und 22 enthielten sich ihrer Stimme. Dieser Bedeutungsverlust der so genannten Volksparteien wird besonders bei einem Vergleich mit den Werten der 70er Jahre deutlich. Damals wählten noch 82 % aller Wahlberechtigten Union oder SPD. Eine Union, die in Brandenburg bei der Landtagswahl unter 20 % bleibt, und eine SPD, die bei der Landtagswahl in Sachsen weniger als 10 % erreicht, können nicht mehr flächendeckend vorbehaltlos als Volksparteien bezeichnet werden.

Insgesamt muss zur Kenntnis genommen werden, dass zum einen die Bindungskraft der so genannten Volksparteien signifikant abgenommen und zum anderen das Vertrauen der Bürger in politische Parteien allgemein den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten erreicht hat. Die Wähler entscheiden sich stärker von Wahl zu Wahl und sie entscheiden sich immer kürzer vor der jeweiligen Wahl. Deutschland vollzieht derzeit also Entwicklungen nach, die in anderen europäischen Ländern bereits seit Jahrzehnten stattfinden. Das beinhaltet für die FDP Risiken, aber noch größere Chancen.

Etwa ein Drittel der FDP-Wähler entschied sich bei der Bundestagswahl unmittelbar vor der Wahl oder erst am Wahltag. Die Strategie des Bundesvorstandes, den Wahlkampf auf die Schlussphase zu konzentrieren, ist in vollem Umfang aufgegangen. Die Einberufung des Bundesparteitags mit den Entscheidungen über Wahlauf Ruf, Koalitionsaussage und Personaltableau eine Woche vor der Bundestagswahl war von herausragender Bedeutung für den Wahlerfolg.

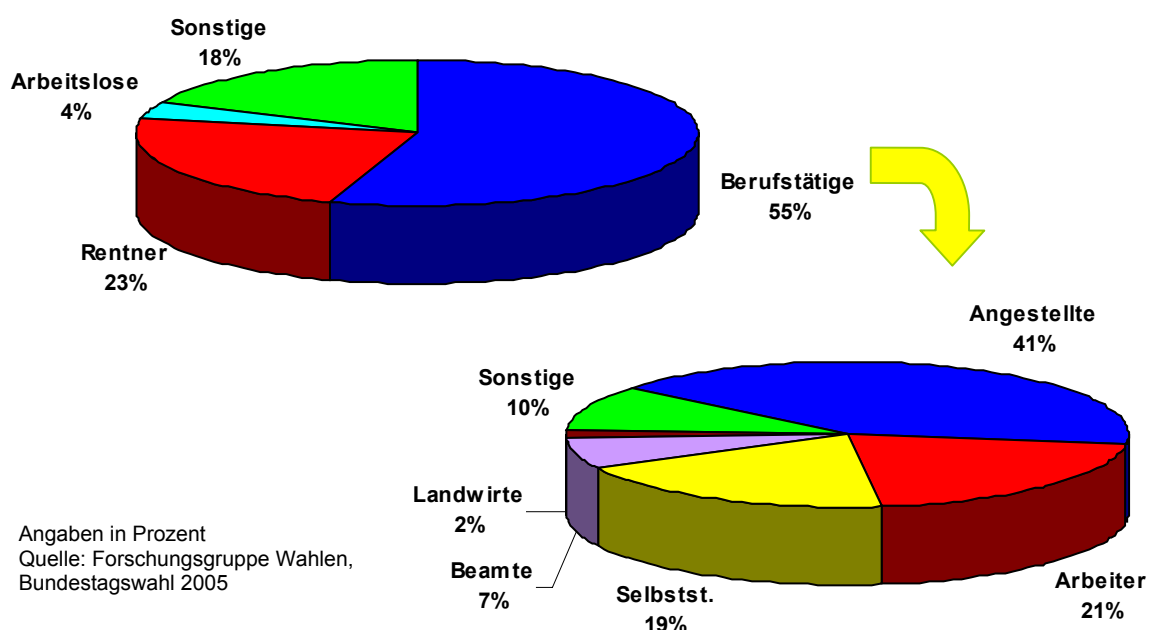
Die inhaltliche Stärke der FDP fand ihr Spiegelbild in der Kommunikationsstrategie. Die Konzentration auf zentrale programmatische Kernsätze, wie „Steuern runter, Arbeit rauf“, sorgte dafür, das Ansehen der FDP als Programmpartei zu verstärken. Im Gegensatz zur Wahlwerbung anderer Parteien entschied sich die FDP gegen einen verstärkten Einsatz von negative campaigning.

II. Substanzgewinn der FDP geht weiter

1. Die FDP hat mit 9,8 % nicht nur 61 Sitze im Deutschen Bundestag gewonnen, sondern auch neue Wählerschichten für sich erschließen können.

Es ist der FDP in den letzten Jahren gelungen, das Vorurteil, nur für eine bestimmte Einkommensklasse interessant zu sein, zu widerlegen. Mit rund zwei Drittel Arbeitern und Angestellten in ihrer berufstätigen Wählerschaft ist die FDP nahezu repräsentativ für die Gesamtbevölkerung (s. Abbildung 1). Immerhin 8 % aller arbeitslosen Wähler haben sich für die FDP entschieden. Das ergibt in der Wählerschaft der FDP einen Arbeitslosenanteil von 4 %.

Abb. 1. BTW September 2005
FDP: Wahlverhalten nach Erwerbsstatus / Berufsgruppen



Die FDP wurde nahezu gleich von Frauen und Männern gewählt (49 % zu 51 %). Die Wählerschaft der FDP ist aber auch, was das Verhältnis der Generationsanteile angeht, ausgeglichen: Rund 50 % der absoluten FDP-Wähler sind älter als 45 Jahre, 50 % sind jünger. Hinsichtlich der Ausgeglichenheit der FDP-Wähler nach Generationen setzt sich damit eine Entwicklung fort, die schon beim Ergebnis der Europawahl zu beobachten war. Die Auswertungen nach Altersgruppen zeigen, dass die FDP gerade in der jüngeren und mittleren Generation prozentual überdurchschnittlich gut abschnitt. So erzielte sie beispielsweise ihre besten Ergebnisse (rd. 15 %) bei den Männern zwischen 25 und 34 Jahren.

Die FDP gewann zum Teil deutlich in großstädtischen Milieus. Das gilt zum Beispiel für Bonn mit 13,7 %, Frankfurt am Main mit 13,4 %, Stuttgart mit 12,8 % oder Dresden mit 13,8 % der Zweitstimmen. Die verstärkten Bemühungen zur Verbreiterung der liberalen Basis in urbanen Ballungsräumen, in die auch die Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe „Großstadtoffensive“ unter der Leitung von Gisela Piltz eingeflossen sind, haben sich offenbar ausgezahlt.

Die FDP konnte bei der Bundestagswahl ihren Anspruch, gesamtdeutsche Partei zu sein, weiter unter Beweis stellen. Sie erzielte in den alten Bundesländern ein Zweitstimmenergebnis von 10,2 %; in den neuen Bundesländern kam sie auf 8 %. Die Stimmendifferenz von 2,2 Prozentpunkten zwischen Ost und West war damit so gering wie bei keiner anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Partei.

In keinem Bundesland ist die FDP bei den Zweitstimmen unter 5 % geblieben. Das zeigt, dass die FDP auch in jedem Bundesland, Ost wie West, bei den Landtagswahlen große Chancen hat. Das „Ranking“ der Länder im Hinblick auf die Zweitstimmenanteile der FDP zeigt ebenfalls, dass liberale Hochburgen in Ost und West gleichermaßen vorhanden sind (s. Tabelle 1).

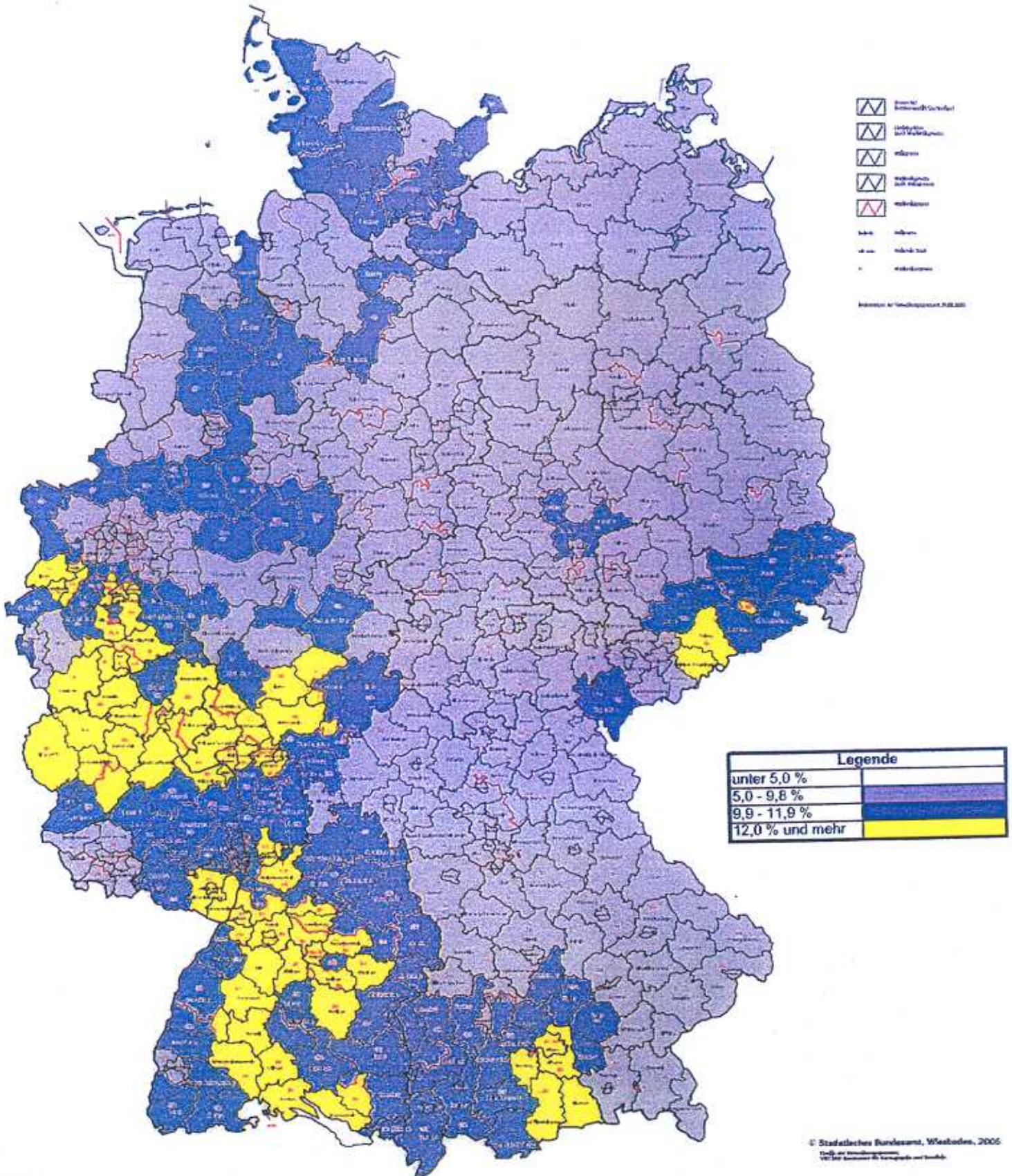
Tab. 1

| Bundesland | Stimmen 2005 in Prozent | Differenz zu 2002 in Prozentpunkten |
|------------------------|----------------------------|--|
| Baden-Württemberg | 11,9% | 4,1 |
| Hessen | 11,7% | 3,5 |
| Rheinland-Pfalz | 11,7% | 2,4 |
| Sachsen | 10,2% | 2,5 |
| Schleswig-Holstein | 10,1% | 2,1 |
| Nordrhein-Westfalen | 10,0% | 0,7 |
| Bayern | 9,5% | 5,0 |
| Hamburg | 9,0% | 2,2 |
| Niedersachsen | 8,9% | 1,8 |
| Berlin | 8,2% | 1,6 |
| Bremen | 8,1% | 1,4 |
| Sachsen-Anhalt | 8,1% | 0,5 |
| Thüringen | 7,9% | 2,0 |
| Saarland | 7,4% | 1,0 |
| Brandenburg | 6,9% | 1,1 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6,3% | 0,9 |

Quelle: Thomas-Dehler-Haus,
Abteilung Strategie und
Kampagnen

Wenn auch ein Blick auf die Zweitstimmenanteile der FDP nach den Wahlkreisen die meisten Spitzenergebnisse im Westen identifiziert, so zeigen die Wahlkreise insbesondere in Sachsen und Sachsen-Anhalt, dass die FDP im Osten ebenfalls zunehmend Hochburgen hat (s. Abbildung 2).

Zweitstimmen-Anteil der FDP bei der BTW 2005 in den Wahlkreisen



2. Dass sich in dem Wahlergebnis der FDP mit 9,8 % bei der Bundestagswahl 2005 keine Momentaufnahme, sondern ein echter Substanzgewinn für die FDP ausdrückt, belegen auch die Ergebnisse der Wahlen in den letzten vier Jahren.

Seit Mai 2001 hat die FDP 15 Kommunalwahlen, 15 Wahlen zu Landesparlamenten, eine Europawahl und zwei Bundestagswahlen, insgesamt also 33 Wahlen, bestritten. Dabei verbesserte sie sich bei 29 Wahlen zum Teil erheblich (s. Tabelle 2).

Tab. 2

| Wahl | Ergebnis in Prozent | Zuwachs in Prozentpunkten |
|---|---------------------|---------------------------|
| Kommunalwahl Niedersachsen (09.09.01) | 6,2 | + 1,6 |
| Bürgerschaftswahl Hamburg (23.09.01) | 5,1 | + 1,6 |
| Abgeordnetenhauswahl Berlin (21.10.01) | 9,9 | + 7,7 |
| Kommunalwahl Bayern (03.03.02) | 2,0 | + 0,4 |
| Landtagswahl Sachsen-Anhalt (21.04.02) | 13,3 | + 9,1 |
| Bundestagswahl (22.09.02) | 7,4 | + 1,2 |
| Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern (22.09.02) | 4,7 | + 3,1 |
| Landtagswahl Hessen (02.02.03) | 7,9 | + 2,8 |
| Landtagswahl Niedersachsen (02.02.03) | 8,1 | + 3,2 |
| Kommunalwahl Schleswig-Holstein (02.03.03) | 5,7 | + 0,9 |
| Bürgerschaftswahl Bremen (25.05.03) | 4,2 | + 1,7 |
| Wahl zur Stadtverordnetenvers. Bremen (25.05.03) | 4,3 | + 1,7 |
| Landtagswahl Bayern (21.09.03) | 2,6 | + 0,9 |
| Wahl zur Stadtverordnetenvers. Bremerhaven (28.09.03) | 7,4 | + 4,4 |
| Kommunalwahl Brandenburg (26.10.03) | 6,3 | + 2,2 |
| Bürgerschaftswahl Hamburg (29.04.04) | 2,8 | - 2,3 |
| Wahlen zu den Bezirksvers. Hamburg (29.04.04) | 3,3 | - 1,2 |
| Europawahl (13.06.04) | 6,1 | + 3,0 |
| Kommunalwahl Baden-Württemberg (13.06.04) | 5,5 | + 1,6 |
| Kommunalwahl Mecklenburg-Vorpommern (13.06.04) | 6,1 | + 2,0 |
| Kommunalwahl Rheinland-Pfalz (13.06.04) | 5,9 | + 1,8 |
| Kommunalwahl Saarland (13.06.04) | 4,3 | + 1,7 |
| Kommunalwahl Sachsen (13.06.04) | 7,2 | + 2,0 |
| Kommunalwahl Sachsen-Anhalt (13.06.04) | 8,0 | + 2,4 |
| Landtagswahl Thüringen (13.06.04) | 3,6 | + 2,5 |
| Kommunalwahl Thüringen (27.06.04) | 4,7 | + 0,4 |
| Landtagswahl Saarland (05.09.04) | 5,2 | + 2,6 |
| Landtagswahl Brandenburg (19.09.04) | 3,3 | + 1,4 |
| Landtagswahl Sachsen (19.09.04) | 5,9 | + 4,8 |
| Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen (26.09.04) | 6,8 | + 2,5 |
| Landtagswahl Schleswig-Holstein (20.02.05) | 6,6 | - 1,0 |
| Landtagswahl Nordrhein-Westfalen (22.05.05) | 6,2 | - 3,6 |
| Bundestagswahl (18.09.05) | 9,8 | + 2,4 |

Quelle: Thomas-Dehler-Haus, Abteilung Strategie und Kampagnen

Damit ist die FDP in ihrer Substanz so stark wie seit der deutschen Einheit nicht mehr.

Die FDP verfügt nun über 98 Mandatsträger in Landesparlamenten (Mai 2001: 55), 61 Bundestagsabgeordnete (43) und 7 Europaabgeordnete (0).

Im Mai 2001 hatte die FDP insgesamt 98 Mandatsträger im Bundestag und in den Länderparlamenten; heute sind es zusammen mit den Europaabgeordneten 166. Landesminister und Staatssekretäre erhöhen die Zahl auf 190. Dies bedeutet mehr Koordinationsaufgaben, aber zugleich auch eine erhebliche Professionalisierung der FDP.

Die FDP ist in fünf Landesregierungen vertreten und beeinflusst mit 26 Stimmen genau so viele Stimmen im Bundesrat wie die Sozialdemokratische Partei als Juniorpartner der Bundesregierung. In allen fünf Ländern, in denen die FDP mitregiert, handelt es sich um klassische Zweierkoalitionen.

Die FDP hat als stärkste Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag neue Möglichkeiten gewonnen. Gleichzeitig sind die Liberalen auf Bundesebene am Ende der Legislaturperiode erheblich länger in der Opposition als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik und zwar unabhängig davon, wie lange diese Legislaturperiode anhält.

3. Der FDP ist es gelungen, das Vertrauen ihrer Anhängerschaft auch nach der Bundestagswahl zu bewahren. Das Etikett der „Umfallerpartei“, welches sich seit den frühen 60er Jahren hartnäckig gehalten hat, wurde Lügen gestraft. Die Gradlinigkeit in der Erfüllung unserer eigenen Wahlversprechen, also der Ablehnung einer Ampelkoalition noch unmittelbar am Wahlabend, wird von den Bürgern honoriert.

Das belegt nicht nur die stabile Umfragenlage auf hohem Niveau. Noch aussagekräftiger ist der Mitgliederzuwachs der Freien Demokraten:

Vom 19. September 2005 bis zum 7. Dezember 2005 wurden 2681 neue Mitgliedsanträge bei der Bundespartei registriert. Hinzu kommen weitere Anträge, die in den Gliederungen vorliegen, aber noch nicht an die Bundespartei gemeldet wurden. Die FDP wird zum Jahresende voraussichtlich über 66.000 Mitglieder haben und erreicht damit beinahe den Mitgliederhöchststand aus dem Jahre 2002 von 66.500. Die schwierige Phase der FDP unmittelbar nach der Bundestagswahl 2002 ist fast vollständig ausgeglichen.

Während alle anderen Parteien Mitglieder verlieren, verzeichnet die FDP trotz natürlicher Abgänge und der in einem Wahljahr besonders hohen Zahl von Karteibereinigungen (Spendenbriefe, Umlageerhöhung der Landesverbände und des Bundesverbandes) einen Nettomitgliederzuwachs von ca. 2.000 Mitgliedern. Etwa ein Drittel der heutigen FDP-Mitglieder ist nach dem 1. Januar 2001 in die FDP eingetreten.

4. Bei den Themen waren für die FDP-Wähler besonders wichtig und von überdurchschnittlicher Bedeutung im Vergleich zur Gesamtwählerschaft: Wirtschaftspolitik mit 56 % (Gesamtwählerschaft: 38 %), Arbeitsmarktpolitik mit 42 % (Gesamtwählerschaft: 34%), Steuerpolitik 31 % (Gesamtwählerschaft: 19 %). Das gilt ebenfalls,

wenn auch in etwas geringerem Maß, für die Schul- und Bildungspolitik (für 14 % der FDP-Wähler und 12 % der Gesamtwählerschaft wichtig). Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung sind für die FDP-Wähler mit 7 % (Gesamtwählerschaft: 9 %) von unterdurchschnittlicher Bedeutung. Das ist keine Antwort auf die Frage, ob diese Gewichtung so bleiben muss oder sollte; das ist ausschließlich eine Beschreibung des Status quo.

Trotz der klaren Koalitionsaussage zugunsten der Unionsparteien wurde die FDP in vollem Umfange als eigenständige politische Alternative wahrgenommen. Offenbar hat die FDP auch von der Ablehnung einer schwarz-roten Koalition, die zum Wahltag immer stärker in die Diskussion geriet, profitieren können. Schließlich wollten nur noch 36 % der Unionsanhänger eine schwarz-rote Koalition, 53 % waren dagegen. Der FDP ist es gelungen, aus programmatischen, strategischen und personellen Gründen als eigenständige Partei Zustimmung zu gewinnen.

Beim so genannten Wählerstromkonto war der Austausch mit der Union von großer Bedeutung: Netto gewann die FDP 1,1 Millionen Wähler hinzu, die nach eigenen Angaben bei der vorangegangenen Bundestagswahl die Union gewählt hatten. Immerhin noch 120.000 gewann die FDP netto von der SPD und lediglich 50.000 von den Grünen. Dagegen hat die FDP per Saldo 100.000 Stimmen an die PDS und 120.000 an die Nichtwähler abgegeben.

III. Was wir uns vornehmen

1. Der Politikwechsel in Deutschland bleibt das strategische Ziel der FDP. Wir wollen durch klare Konzepte, ein starkes Programm und verlässliche, glaubwürdige Persönlichkeiten Orientierung und Sicherheit bieten. Wir wollen vorausschauend Perspektiven und Strategien für eine bessere Zukunft entwickeln und offen für Veränderungen sein, statt lediglich die Gegenwart zu verwalten und zu reparieren. Wir setzen auf die Kraft der Freiheit und sind damit im Deutschen Bundestag die Alternative zu allen anderen Parteien. Die schwarz-rote Koalition, die Notgemeinschaft der Wahlverlierer, beschert Deutschland nicht die marktwirtschaftliche Erneuerung, sondern die Fortsetzung der bürokratischen Staatswirtschaft. Zugespitzt formuliert: Die sozialdemokratischen Wähler wollten Gerhard Schröder mit einem CDU-Programm. Bekommen haben sie Angela Merkel mit einem SPD-Programm.

Neben SPD, PDS und Grünen tritt jetzt auch eine Union, die unter dem Druck ihres Koalitionspartners und ihres eigenen sozialdemokratischen Flügels steht, in die Reihe der Etatisten und Kollektivisten ein. In der Union selbst wird von ihrer „Resozialdemokratisierung“ gesprochen. Als einzige „nicht-sozialdemokratische Partei“ bleibt die FDP die freiheitliche Alternative. Dabei ist „sozialdemokratisch“ weniger parteipolitisch gemeint, sondern im Sinne von staatsgläubig.

2. Diese Alleinstellung der FDP bedeutet gleichzeitig, dass die Gegnerschaft und der Widerspruch unserer Konkurrenten wachsen werden. Die jüngsten Äußerungen des Generalsekretärs der SPD, wonach die FDP der Hauptgegner der Sozialdemokraten sei, sind dafür ein Beleg. Die Sozialdemokraten auf Bundesebene werden die FDP als Ersatzgegner angreifen, weil sie die Union, als ihren Koalitionspartner, nicht offen angehen können. Die Union wird sich mit der FDP auseinandersetzen, um Schwarz-

Rot zu stabilisieren und von eigener programmatischer Schwäche und Koalitionskompromissen abzulenken. Die Verbündeten der Parteien der schwarz-roten Koalition im öffentlichen Leben, von Verbänden bis hin zu den Medien, sind nicht zu unterschätzen. Der anfänglichen Kritik am Koalitionsvertrag seitens der Wirtschaftsverbände folgte eine atemberaubende Wende in Richtung abwartende Unterstützung. An dieser größeren Gegnerschaft kann die FDP wachsen, wenn sie inhaltlich Kurs hält und auf ein Bündnis setzt, nämlich das Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern.

3. Dafür müssen wir zuallererst die Wählerinnen und Wähler vom 18. September 2005 dauerhaft an die FDP binden. Wir müssen die Zahl unserer Stammwähler weiter vergrößern. Aus taktischen Wählern müssen programmatische Wähler werden, aus strategischen Wählern liberale Milieuwähler.

Der nächste Schritt ist die bessere Ausschöpfung des liberalen Potentials. Aus verschiedenen Studien ergibt sich, dass dieses zwischen 15 und 20 % eingeschätzt wird. Die Verbreiterung der FDP kann und muss also weitergehen. Dabei spielt die Glaubwürdigkeit der FDP die entscheidende Rolle. Wir müssen unsere Wähler auch in der täglichen parlamentarischen Praxis davon überzeugen, dass sie sich richtig entschieden haben, indem wir nach der Wahl tun, was wir vorher angekündigt haben.

Um weiter erfolgreich zu sein, müssen wir künftige Wahlkämpfe mit der gleichen Konzentration, Einigkeit und Aufmerksamkeit führen wie den Bundestagswahlkampf 2005. Bei den drei Landtagswahlen und der Kommunalwahl am 26. März 2006 (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Hessen) wollen wir unsere starke Stellung behaupten und ausbauen. Dasselbe gilt für die Abgeordnetenhauswahl im Herbst in Berlin. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern treten wir als außerparlamentarische Kraft an (letzte Landtagswahl: 4,7 %). Bei der Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erzielte die FDP 6,3 % der Zweitstimmen, bei der letzten Kommunalwahl im Jahr 2004 6,1 %. Das Ziel, mit Mecklenburg-Vorpommern ein weiteres Land für die FDP zurückzuerobern, ist damit realistisch. Um das zu erreichen und zu unterstützen, möge der Bundesvorstand den Bundesparteitag der FDP am 13. und 14. Mai 2005 nach Rostock einberufen.

4. Kurshalten heißt, dass die FDP auf den Politikfeldern, auf denen ihr überdurchschnittliche Kompetenz zuerkannt wird, ebenso klar wie präsent bleibt. Wir bleiben bei unserem Gesamtkonzept für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Erneuerung Deutschlands, das nach dem Prinzip „Arbeit hat Vorfahrt“ die Maßnahmen ergreift, die Wachstum und neue Arbeitsplätze schaffen. Dies ist auch mit Blick auf die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme erforderlich. In der Haushaltspolitik und bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen kommt der FDP und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, Otto Fricke, eine besondere Wächterfunktion zu.

Die programmatischen Stärken sind weiter zu vertiefen: in der Steuer- und Abgabenpolitik, in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik (Reform der Arbeitsvermittlung, Trägerschaft SGB II bei den Kommunen), insbesondere im Arbeitsrecht (Tarifrecht, Konzernmitbestimmung, betriebliche Mitbestimmung, individuelles Arbeitsrecht), in der Bildungs- und Forschungspolitik wie auch in der Innen-

politik, bei den Bürgerrechten, Datenschutz und Menschenrechten.

Kurshalten bedeutet aber auch, dass offene Fragen, die bislang parteiintern kontrovers diskutiert, aber zurückgestellt wurden, jetzt angegangen und beim nächsten Parteitag abschließend beantwortet werden. Dazu zählt die Reform des Kammerwesens. Die vom Generalsekretär geleitete Kommission wird beauftragt, ihr Ergebnis bis zum 3. April 2006 vorzulegen, damit die Gliederungen die Möglichkeit haben, das Ergebnis zu diskutieren und gegebenenfalls alternative Anträge zu stellen.

5. Auch wenn die Schul- und Bildungspolitik für die FDP-Wähler im Vergleich zur Gesamtwählerschaft von überdurchschnittlicher Bedeutung war, kann die programmatische Kompetenz der FDP in diesem Feld noch ausgebaut werden. Der Zusammenhang zwischen einer Gesellschaft im Wohlstand, den sozialen Chancen und einem guten Bildungssystem wird ein tragendes Thema in den nächsten Jahren werden. Die Globalisierung wird sich ganz wesentlich am Wettbewerb der Bildungssysteme entscheiden. Gerade das Bildungswesen bedarf liberaler Prinzipien. Eigenverantwortung, Wettbewerb und Autonomie werden dort bis heute sträflich vernachlässigt. Das ist die Hauptursache der vielen aktuellen Defizite. Bildung als Bürgerrecht wurde von Liberalen erfunden und muss von Liberalen in der Praxis wieder durchgefochten werden.

Die bildungspolitischen Vorstellungen der FDP sind jenseits unseres Wahlprogramms auch in vielen weiteren Papieren niedergelegt. Sie verdienen aber mehr Öffentlichkeit. Insbesondere die liberalen Vorstellungen einer Allianz von Familien- und Bildungspolitik, wie sie etwa in den „50 Forderungen für die Familie“ vom 29. August 2005 zusammengefasst sind, bieten eine umfangreiche programmatische Grundlage.

Die FDP hat die Chance, als Partei der Bildungsförderung und der Forschungsfreundlichkeit neue Anhänger zu gewinnen. Das ist entsprechend der politischen Zuständigkeit in erster Linie eine Herausforderung an die Landesverbände. Aber es ist ebenso notwendig, dass die offenen Fragen zwischen Bundes- und Landespolitikern der FDP zügig entschieden werden, gegebenenfalls auf dem Bundesparteitag.

6. Mit ihrer Beschlussfassung beim Bundesparteitag in Köln im Mai 2005 hat die FDP ihr Profil als Bürgerrechtspartei wieder geschärft. Im Bundestagswahlkampf wurde dieses Prädikat bei vielen Meinungsbildnern zum Alleinstellungsmerkmal der FDP, das eine Abgrenzung sowohl von Rot-Grün als auch von der CDU/ CSU möglich machte. Gleichzeitig ist es gelungen, die frühere parteiinterne Zuordnung des Bürgerrechtsthemas zu bestimmten „Flügeln“ zu überwinden. Dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit zwei Seiten derselben Medaille sind, wird von der ganzen Partei getragen.

Der Alltag der schwarz-roten Koalition wird von der FDP als Wahrerin der Bürgerrechte noch einiges mehr abverlangen. Schwarze und rote Sheriffs können jetzt ganz offen gemeinsam wirken. Bereits die Regierungserklärung der neuen Bundeskanzlerin zeigte die zahlreichen Gemeinsamkeiten der Koalitionäre. Bürgerrechte und Rechtsstaat dürfen in dieser Situation nicht unter die Räder kommen. Die Liberalen haben die Aufgabe, für einen vernünftigen Ausgleich zwischen Bürgerfreiheit und Bürgersicherheit zu sorgen.

Die FDP wird zudem ihr Engagement bei der Reform des Parteiensystems und der Ausweitung von politischen Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger erhöhen und insbesondere die Gespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen intensivieren.

7. Die FDP hat mit ihren liberalen Außenministern Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel jahrzehntelang den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik bestimmt. Die FDP ist sich dieser Tradition bewusst und wird weiter an sie anknüpfen. Deshalb werden wir die Außenpolitik der neuen Bundesregierung kritisch und konstruktiv begleiten. Die Bundespartei kann sich dabei auf die Arbeit der zuständigen Bundesfachausschüsse und Foren ebenso stützen wie auf eine stärkere Einbeziehung der Kompetenz in der Bundestagsfraktion und der FDP im Europaparlament. Auch die internationale Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung erhält, bei aller Unabhängigkeit, für die Liberalen in der Opposition eine größere Bedeutung. Die außenpolitische Regierungsfähigkeit der FDP setzt auch ein entsprechendes europäisches und internationales Netzwerk voraus, das durch unsere Repräsentanten weiter gepflegt werden muss.

8. Die kulturelle Vielfalt in Deutschland ist eine entscheidende Voraussetzung für Kreativität und damit für gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Fortschritt. Viele Menschen haben ein großes Interesse an einem verstärkten kunst- und kulturpolitischen Diskurs. Das zeigen nicht zuletzt die enormen Besuchszahlen der Kulturfrühstücke der FDP-Bundestagsfraktion in den letzten zweieinhalb Jahren. Die Bundestagsfraktion der FDP hat dankenswerterweise beschlossen, diese Kulturfrühstücke auch in den nächsten Jahren fortzusetzen.

Der FDP muss es in dieser Legislaturperiode gelingen, die Förderung von Kunst und Kultur, die kulturelle Vielfalt, als zentrales Anliegen der Liberalen zu vermitteln. Dies ist der Sache nach richtig, aber auch strategisch geboten, um die FDP weiter zu verbreitern. Die Tatsache, dass die FDP als stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag nicht nur den Vorsitz des Haushaltsausschusses erhalten hat, sondern dass sie auch den Vorsitz des Kulturausschusses durchsetzen konnte, ist Signal und Auftrag zugleich.

Die Bundespartei wird daher ein konkretes Kulturprogramm formulieren und Vorschläge für Zielgruppenveranstaltungen und Aktionen auf allen Ebenen der Partei erarbeiten. Deshalb möge der Bundesvorstand ein Kulturforum einsetzen. Der Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, Hans-Joachim Otto, wird gebeten, dem Bundesvorstand in Abstimmung mit dem Generalsekretär in der nächsten Sitzung einen Vorschlag zur Zusammensetzung des Kulturforums zu unterbreiten.

9. Vom programmatischen Substanzgewinn der letzten Jahre war die Umwelt- und Energiepolitik der FDP nicht ausgenommen. Dennoch ist es notwendig, die programmatische Kompetenz der FDP in der öffentlichen Wahrnehmung in diesem Feld zu verbessern. Wir wollen dabei für eine moderne Umweltpolitik stehen, die nicht als Echo der 80er Jahre Ideologien von gestern propagiert, sondern Zukunft gestaltet. Eine Ordnung in Freiheit ist der beste Beitrag zum Umgang mit knappen Ressourcen.

cen. Die ökologische Dimension ist stets Werte- und Zukunftsbestandteil einer liberalen Marktwirtschaft: Ökologie ist Verantwortung, aber zugleich auch langfristige Ökonomie. Dazu zählt auch eine positive Haltung gegenüber neuen Technologien. Grüne Gentechnik, neue Kraftwerkstechniken, Bio- und Nanotechnologie können die Umwelt schützen und das Leben der Menschen leichter machen. Da es naturwissenschaftliche Bewertungen gegenüber Politikkampagnen und Panikmache schwer haben, muss die FDP noch nachdrücklicher als in der Vergangenheit für die Akzeptanz neuer Technologien werben. Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und gehen sie offensiv an.

Die Argumente sind auf unserer Seite. So zeigen zum Beispiel neueste Untersuchungen, dass chemischer Pflanzenschutz die Artenvielfalt stärker beeinträchtigt als der Anbau von gentechnisch verändertem Mais. Er ist damit eine naturfreundliche Alternative zur herkömmlichen Schädlingsbekämpfung mit chemischen Pflanzenschutzmitteln. „In der Abwägung ist klar: Die realen Vorteile von genetischer Modifikation überwiegen bei weitem die hypothetischen Risiken, die von den Gegnern vorgebracht werden.“ (Zitat von Patrick Moore, Mitbegründer von Greenpeace und langjähriger Direktor von Greenpeace International).

Zudem muss die FDP falsche Eindrücke korrigieren: Wir Liberale sind für den Ausbau regenerativer Energien – nur das Erneuerbare-Energien-Gesetz halten wir für den falschen Weg, da es extrem kostspielig und zudem nicht kompatibel mit den Kyoto-Mechanismen ist. Die FDP setzt sich stattdessen für marktwirtschaftliche Fördermechanismen und verstärkte Forschung ein.

Die Umweltpolitik soll auf dem nächsten Bundesparteitag eines der Schwerpunktthemen sein. Der Bundesvorstand möge den umweltpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Kauch, und den Umweltminister des Landes Niedersachsen, Hans-Heinrich Sander, beauftragen, zusammen mit einer noch zu besetzenden Arbeitsgruppe bis zum 3. April 2006 einen Leitantrag zu formulieren.

10. Die programmatische Wahrnehmbarkeit der FDP steht in engem Zusammenhang mit ihrer personellen Verbreiterung. Es muss der FDP im Rahmen ihrer Kommunikationsstrategie gelingen, in allen Fachbereichen stärker mit verschiedenen liberalen Persönlichkeiten verbunden zu werden. Die politischen Zuständigkeiten, die im Präsidiumsbeschluss vom 12. Juni 2005 festgelegt wurden, gelten fort. Die FDP kann davon nur profitieren, wenn mehr Mitglieder der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes die Möglichkeit erhalten, ihre öffentliche Präsenz zu verstärken.

Die Pressestellen von Partei und Fraktion werden beauftragt, eine entsprechende Kommunikationsstrategie zu erarbeiten, damit die personelle Verbreiterung erfolgreich ist. (Das entbindet niemanden von eigener Anstrengung!)

IV. Deutschland aus der Opposition heraus gestalten

Wir Liberale verstehen die Oppositionsführung als Gestaltungsauftrag, nicht als Aufforderung zur Totalopposition. Wir kennen unsere Verantwortung für Deutschland. Deshalb wird die FDP alles, was richtig für unser Land ist, unterstützen. Dabei wird der Bundesrat ein wichtiges Gestaltungsmittel sein. Durch unsere Regierungsbeteili-

gung in den Ländern beeinflussen wir Liberale dort genauso viele Stimmen wie die SPD. Das garantiert uns in grundlegenden Fragen, wie bei der Föderalismusreform, eine Mitsprachemöglichkeit. Wir verstehen uns als modernes Korrektiv einer Mehrheit, die drängende Probleme weiter aussitzen will.

Die Koordination der Länder mit FDP-Regierungsbeteiligung (F-Länder) durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Walter Hirche, und den Vorsitzenden der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, Jörg-Uwe Hahn, sowie die regelmäßigen Abstimmungen mit Bundestagsfraktion und Bundespartei nehmen in ihrer Bedeutung zu.

Die Tatsache, dass die FDP durch ihre Rolle im Bundesrat auch ein „Machtfaktor“ der deutschen Politik ist, unterscheidet sie von den beiden kleineren Oppositionsparteien.

V. Partner für den Politikwechsel

Die Koalition aus SPD und Union bietet als Bündnis der kleinsten Gemeinsamkeiten keine ausreichende Basis für den Politikwechsel in Deutschland.

Das Ziel der FDP bleibt es, eine Mehrheit für den Politikwechsel in Deutschland zu erreichen. Dabei ist der Kompass der FDP das eigene Programm und nicht die Nähe oder Ferne zu anderen Parteien. „Wenn andere Parteien einzelne Programmpunkte der FDP übernehmen, ist das nicht Anlass für einen Richtungswechsel der FDP. Wenn andere Parteien sich von der FDP entfernen, läuft die FDP ihnen nicht hinterher.“ (Positionsschrift für die freie und faire Gesellschaft, 2003). Das gilt unverändert.

Wir wollen im Bund eine Mehrheit für den Politikwechsel und setzen dabei auf Zwei-Parteien-Koalitionen, weil sie die notwendige Stabilität und Handlungsbereitschaft einer Regierung besser herstellen und garantieren. Dreier-Konstellationen auf Bundesebene sind nicht das Ziel unserer Arbeit. Aus den beiden letzten Wahlergebnissen herauszulesen, dass künftig auf Bundesebene nur noch Dreier-Konstellationen eine Alternative zur schwarz-roten Koalition sind, ist falsch. Die Alternative ist eine wachsende FDP.

Wenn die beiden größeren Volksparteien an Bindungswirkung verlieren, ist es staatspolitische Aufgabe der FDP, die eigene Substanz und Anhängerschaft zu verbreitern, so dass stabile Zwei-Parteien-Koalitionen möglich sind.

Es ist auch nicht sinnvoll, die Grünen mit einer neuen Machtperspektive aus ihrer zunehmenden Bedeutungslosigkeit herauszuführen. Die Grünen sind mit ihrem kollektivistischen und staatsbürokratischen Grundansatz ein politischer Gegner und kein strategischer Partner der FDP. Ihre Staatsorientierung und ihre bevormundende Politik trennen sie von der FDP. Ein genauer Blick auf das grüne Wahlprogramm zeigt: Die Grünen stehen nicht für klassische liberale Werte wie Freiheit, Leistungsbereitschaft, Weltoffenheit und Toleranz. Es geht ihnen vor allem um Verhindern, Regulieren und Bevormunden. Die FDP darf nicht den Fehler begehen, nur um der medialen Aufmerksamkeit willen ihren eigenen Kurs der Klarheit zu verlassen.

Die Vertretung gemeinsamer Oppositionsinteressen im Deutschen Bundestag bleibt davon unberührt.

Die FDP wird die Frage künftiger Koalitionsaussagen auf Bundesebene dann beantworten, wenn sie ansteht. Die Frage einer künftigen Regierungspartnerschaft wird also dann entschieden, wenn das schwarz-rote Bündnis zu Ende geht und /oder die nächste Bundestagswahl ansteht.

Auf Länderebene bleibt die Koalitionsausrichtung selbstverständlich eine souveräne Entscheidung der Landesverbände. Länderkoalitionen haben sich, wie in der Vergangenheit, in erster Linie am Wohl des betreffenden Bundeslandes zu orientieren.

Es ist nicht absehbar, wie weit sich die Parteienlandschaft in Deutschland durch die Sozialdemokratisierung der Union verändern wird. Erkennbar aber ist, dass die FDP dadurch ihre Alleinstellung als freiheitlich orientierte Partei eigenverantwortlicher Menschen weiter stärken kann. Die FDP steht gegen alle staatsgläubigen Parteien an der Seite der Menschen im Land. Sie weiß um das Leistungsvermögen der Menschen in Deutschland und setzt auf ihre Stärken. Sie muss weiter vermitteln, dass die wirtschaftliche Kraft eines Landes Voraussetzung für die soziale Sicherheit ist, ebenso wie für den ökologischen Fortschritt.

Trotz einer massiven Kampagne der politischen Gegner wächst der Zulauf zur FDP. Die liberale Politik ist eine neue soziale Antwort auf die gescheiterten alten sozialdemokratischen Strukturen. Mit anderen Worten: „Liberale wollen anstatt einer Staatswirtschaft der besten sozialen und ökologischen Absichten die Marktwirtschaft der besten sozialen und ökologischen Ergebnisse.“ (Wiesbadener Grundsätze).

VI. Wir wollen weiter wachsen

Klare Konzepte, ein starkes Programm und ein glaubwürdiges Personal sind nicht nur der Grund für die zurückliegenden Wahlerfolge. Sie sind auch Grund für den enormen Mitgliederzuwachs. Der Schlüssel zum Erfolg liegt darin begründet, dass die FDP bereits frühzeitig neue Wege eingeschlagen hat. Während die Parteienforscher noch von der „Politik-“, der „Politiker-“ oder auch der "Parteienverdrossenheit" reden und während die anderen Parteien noch ihren drastischen Mitgliederrückgang beklagen, hat die FDP die Zeichen der Zeit erkannt und auf neue Möglichkeiten der Mitwirkung sowie auf die größtmögliche Bereitschaft zum direkten Dialog mit den Menschen gesetzt.

Die FDP hat damit bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt auf den immer deutlicher werdenden gesellschaftlichen Wandel reagiert. Sie hat auf die Entwicklung zur Informationsgesellschaft, auf die Herausforderungen der Globalisierung und auf die extreme Schnelligkeit des Wandels reagiert, die den einzelnen Menschen scheinbar immer unbedeutender, ohnmächtiger und kleiner gegenüber dem scheinbar entfesselten Gang der Dinge und den gewaltigen Veränderungen machen.

So hat die FDP ihre Maßnahmen für Mitwirkungschancen im Wahlkampf in allen Bereichen verstärkt. Sie hat ein breites Informations- und Dialogkonzept verwirklicht, unter anderem mit immer neuen Beteiligungsrekorden in ihrem Internetprogramm, mit noch mehr eMail- und SMS-Info-Angeboten, mit der Möglichkeit unterhalb der

Mitgliederschwelle „Kampagnen-Botschafter“ für die FDP zu werden, mit dem FDP-Bürgerfonds als bürgernahem Fund-raising-Instrument sowie mit der breiten Programmdiskussion einschließlich Abstimmungsmöglichkeiten im Internet. Durch diese Instrumente ist es gelungen, die FDP insgesamt noch gesellschaftsnäher zu machen.

In den letzten Jahren hat die FDP den Wandel von einer Gremien-Partei zu einer Bürger-Bewegung eingeleitet. Um diese Entwicklung erfolgreich fortzusetzen, werden die bereits bewährten Dialoginstrumente gerade auch außerhalb von Wahlen verstärkt und weiter ausgebaut. Außerdem wird ein neues Konzept zur Verbesserung der Betreuung von Neumitgliedern und Interessenten entwickelt und eingesetzt.

Das Ziel ist es, den Einzelnen größer zu machen, ihm mehr Gewicht und eigene Stärke zu verleihen. „Wir machen Sie größer“ ist folgerichtig auch das Motto der bisherigen Mitglieder-Werbekampagne. Die FDP stellt als einzige Partei in Deutschland den einzelnen Menschen und seine individuelle Freiheit in den Mittelpunkt ihrer Politik. Die FDP stärkt mit ihrer Politik den Einzelnen und seine Eigeninitiative, seine Selbstverantwortung und seine Leistungsbereitschaft, denn nur dann kann und wird jeder mehr Freiheit zum Gestalten auch als eigene Chance für mehr Zukunftssicherheit für sich selbst und für die Gesellschaft sehen.

Vor allem dem Netzwerk-Gedanken wird die FDP eine neue Qualität geben. Sie wird dort präsent sein und arbeiten, wo die neuesten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen entstehen.

Auf allen Ebenen der Partei wird die FDP mit ihren Veranstaltungen für eine lebhaftere und ergebnisoffene Diskussion sorgen. Das Konzept „Lebendige Partei vor Ort“ mit dem Ziel von inhaltlichen „Pro-und-contra“-Veranstaltungen in allen Kreisverbänden einschließlich einer Abstimmung über die Auswahl der Themen ist ein weiterer wichtiger Schritt.

Die FDP wird breit einladen zu einem Bündnis von „Freiheit und Verantwortung“. Sie wird mit Hilfe der vielen Abgeordneten und mit den Vorfeldorganisationen von den Jungen Liberalen über die Bundesvereinigung Liberale Frauen bis zu den Liberalen Senioren ein deutschlandweites Netz von Veranstaltungen und Dialogchancen anbieten, um damit vor allem auch die vielen neuen Wähler vom 18. September 2005 zum Mitmachen einzuladen. Das Ziel ist es, die Menschen zur Mitarbeit – z.B. durch neue Formen der Mitgliedschaft oder für bestimmte Kampagnen – zu bewegen.

Ein dauerhafter Erfolg kann nur dann garantiert werden, wenn die Politik die Menschen als ihre Partner ansieht. Daher wird die FDP ihre Bürgernähe und ihre Dienstleistungsorientierung mit weiteren dialogorientierten Marketingmaßnahmen weiter verstärken. Die aktuellen Überlegungen reichen vom Bürger-Abonnement für ein Premium-Info-Paket mit noch mehr Dialog bis hin zum „SMS-Voting“ mit Abstimmungen über Themen und Kampagnen. All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, die Stärkung des Einzelnen nicht nur politisch zu fordern, sondern in der eigenen Organisation selber zu praktizieren.

Solche Instrumente schaffen echte neue Partizipationsmöglichkeiten, die gerade für die Einbindung von Quereinsteigern und Multiplikatoren wichtig sind, deren Sachverstand Deutschland dringend braucht. Gerade an Universitäten, an denen die Multiplikatoren von morgen ausgebildet werden, wird die FDP daher versuchen, langfris-

tig Bindungen aufzubauen.

Insgesamt wendet sich die FDP noch zu sehr an die Köpfe der Menschen und zu wenig an deren Herzen und Gefühle. Um weiter wachsen zu können, wird die FDP daher ihre Botschaften zukünftig stärker emotionalisieren. Mit einer breit angelegten Image- und Sympathiekampagne sowie einer Testimonial-Kampagne zur Mitglieder-gewinnung wird die FDP dafür werben, dass eine Politik für mehr Freiheit und weniger Staat besser als bisher auch zur Herzenssache und zum Lebensgefühl von noch mehr Menschen werden kann. Diese Kampagne beginnt gleich zu Anfang des Jahres 2006.

Um die Zielgruppenansprache in Zeiten knapper werdender personeller und finanzieller Ressourcen insgesamt zu verbessern, wird die FDP auf eine Art „permanent campaigning“ setzen. Der wichtigste Wahlkampf der FDP wird zukünftig die politische Arbeit zwischen den Wahlen sein.

VII. David gewinnt gegen Goliath

Die Oppositionsarbeit der FDP will und wird in der Sache hart, in Stil und Umgang verbindlich und in den Ergebnissen für die Menschen in Deutschland konstruktiv sein.

Wir sind die Opposition mit dem besseren Regierungsprogramm. Weil es um Deutschland geht, setzen wir uns in erster Linie mit den Alternativen zur Regierung auseinander und nicht mit einem Binnenwettbewerb der Oppositionsparteien. Letzterer liegt nur im Interesse der schwarz-roten Koalition, nicht aber im Interesse unseres Landes oder der FDP.

Wir Liberale werben selbstbewusst um die Zustimmung der Menschen in Deutschland. Wir suchen das Bündnis mit den Bürgern. In der Partnerschaft mit den Menschen liegt der Schlüssel für die Fortsetzung des Erfolgs der FDP.

Berlin, 8.12.2005

Dr. Guido Westerwelle